

WdA im März

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel...Die nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch weiter vernichtet.“ So aktuell ist in vielen Aspekten das 160 Jahre alte Kommunistische Manifest von Marx und Engels. Man muss „die Bourgeoisie“ nur durch „das Kapital“ ersetzen sowie „die ganze Erdkugel“ durch „Globalisierung“... Heutige Arbeitnehmer wissen genau, dass sie „eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt (sind)“. Die Frage ist, welche Schlussfolgerungen ihre Gewerkschaften daraus ziehen. Für Marx und Engels gab es als Lösung nur die Revolution. Die hat es nicht gegeben, und dennoch haben die Arbeiter nach und nach bedeutende Rechte erkämpft. Die aber werden mehr und mehr abgebaut – zugunsten einer Lastenverteilung von oben nach unten. Davon (und von Karl Marx) handelt diese WdA-Ausgabe.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Der Kampf geht weiter

Seite 2 und 3

Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste

Seite 4

Der gekaufte Staat, Kapitalismus pur

Seite 5

Buchbesprechung, Weniger Rechte für mehr Rendite

Seite 6

Blick zurück: Karl Marx

Seite 7

Frauenarbeit ist weniger wert, Reallohnverluste im öffentlichen Dienst, CDU gegen Mindestlohn

Seite 8

Streikrecht und Leiharbeit, 100.000 Arbeitsplätze versprochen, 3 Milliarden Überstunden

Seite 9

Da Capo: Hagen Rether, Filmtipp, Impressum

<http://www.streik.tv>

Der Kampf geht weiter

Die Tarifverhandlungen für die 1,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind gescheitert. Die Arbeitgeber haben auch in der fünften Verhandlungsrunde am 6. und 7. März in Potsdam kein neues Angebot vorgelegt. Sie verweigern den Beschäftigten eine angemessene Verbesserung ihrer tariflichen Einkommen. Mit ihrer Forderung nach längeren Arbeitszeiten steuern sie geradewegs auf noch mehr Stellenabbau zu.



Foto: Arbeiterfotografie, Köln

Hunderttausende von Beschäftigten haben in der vergangenen Woche ihren Protest und Widerstand gegen das Verhalten der Arbeitgeber überzeugend demonstriert. Sie brauchen auch weiterhin solidarische Unterstützung aus allen gewerkschaftlichen Bereichen und aus der Öffentlichkeit. Kein Land in der Europäischen Union gibt weniger für seine Beschäftigten im öffentlichen Dienst aus als Deutschland - nicht einmal sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Durchschnitt in Europa liegt bei 10,5 Prozent. Und weiterhin wird beim Personal und bei der Bezahlung gekürzt. In den vergangenen Jahren sind beispielsweise fast 50.000 Pflegestellen in den Krankenhäusern gestrichen worden. Zudem sind die Arbeitsbedingungen oft unzumutbar.

Nachdem die Gewerkschaften die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt haben, wurde von den Arbeitgebern die Schlichtung angerufen. Schlichter sind der CDU-Politiker Lothar Spät und der ehemalige Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg (SPD). Stimmberechtigt ist aber nur einer der beiden. Da sich die Schlichter im Amt des Vorsitzenden abwechseln, ist diesmal Lothar Spät an der Reihe.

Die gewerkschaftliche Schlichtungskommission besteht aus zwölf Mitgliedern – acht von ver.di, drei von der dbb Tarifunion und eines von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Ihnen steht eine ebenfalls zwölfköpfige Kommission von Bund und Ländern gegenüber. Nachdem die Schlichter ihre Empfehlung ausgesprochen haben, soll es am 29. März in Potsdam eine weitere Verhandlungsrunde geben. Einen faulen Kompromiss können sich die Gewerkschaften nicht erlauben. Wenn die Schlichtung scheitert, werden Urabstimmung und unbefristete flächendeckende Streikmaßnahmen unverzichtbar. Aber zunächst gilt die Friedenspflicht während der Schlichtung: Es darf nicht gestreikt werden.

Franz Kersjes

Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste

Seit vielen Jahren verlangen Politiker und Manager von den Arbeitnehmern mehr Bescheidenheit. Sie fordern Abschied von „Anspruchdenken, Überversorgung und Vollkasko-Mentalität“. Die Bürger sollen den Gürtel enger schnallen, damit deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein können, also profitabel. Aber die so genannten Sozialreformen haben nur zwei Dinge vermehrt: den Reichtum der Reichen und die Armut der Armen. Die reichsten zehn Prozent der Bundesbürger besitzen fast zwei Drittel des Volksvermögens, während die Mehrheit keinerlei Vermögen bilden konnte.

Asoziale Marktwirtschaft

Die abhängig Beschäftigten müssen seit drei Jahren Einkommensverluste hinnehmen. Von 2004 auf 2005 ist der Reallohn um 1,3 Prozent gesunken. Ein Jahr später waren es 2,2. Und bis 2007 summieren sich die Nettolohnverluste auf 3,1 Prozent. In der gleichen Zeit hat der Staat 19 Prozent mehr an Steuern eingenommen. Und bei einem kleinen Berufszweig ist der oft zitierte wirtschaftliche Aufschwung besonders gut angekommen, in nur zwei Jahren 44 Prozent mehr: bei den deutschen Managern.

Die Gehälter von Vorständen deutscher Unternehmen haben sich im vergangenen Geschäftsjahr deutlich um 17,5 Prozent erhöht. Damit wurden die Zuwächse der beiden Vorjahre stark übertroffen, als die Bezüge um 14,8 beziehungsweise 9,1 Prozent gestiegen waren. Zu diesen Ergebnissen kommt eine „Vorstandsstudie 2006/2007“ der Management-Beratung Kienbaum, die Gehaltsdaten von 4.300 Vorstandsmitgliedern aus 1.300 Unternehmen unter die Lupe genommen hat. 3,9 Millionen Euro – das ist die Summe, die ein Vorstandsvorsitzender in den größten deutschen Firmen durchschnittlich erhält.

Besonders üppig werden Manager in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung vergütet. Joachim Schwalbach von der Berliner Humboldt-Universität hat die Vorstandsvergütung in den 30 DAX-Unternehmen untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass der Gehaltsabstand zwischen Vorstand und Beschäftigten besonders groß ist bei Post, Telekom und Bahn. Musterbeispiel ist die Deutsche Post, die sich zum Großteil in staatlichem Besitz befindet. Im Jahr 1995 verdiente hier ein Vorstandsmitglied elfmal soviel wie ein Mitarbeiter im Durchschnitt. Im Jahr 2006 war es schon das 87fache. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller DAX-Unternehmen kassierte der Vorstand früher 19 Mal soviel wie ein Mitarbeiter, heute ist das das 44fache. Beim Energie-Konzern RWE, dessen Aktien sich zu einem großen Teil im Besitz nordrhein-westfälischer Kommunen befinden, erhielt der Vorstand in den achtziger Jahren zehnmal soviel wie ein einfacher Mitarbeiter. Mittlerweile ist es fünfzig Mal soviel.

Grenzenlose Geldgier

Die Geldgier der Manager ist grenzenlos. Rund 90 Milliarden Euro soll das Führungspersonal deutscher Landesbanken und der Industriekreditbank (IKB) in Kreditpapiere investiert haben, die nun in den Strudel

der US-Immobilienkrise geraten sind. Die betroffenen Landesregierungen müssen jetzt mit Steuergeldern für die Milliarden-Ausfälle aufkommen, während die Bankmanager weiterhin dicke Gehälter und großzügige Pensionen kassieren. Beispielsweise erhielt der ehemalige Vorstandssprecher bei der IKB, Stefan Ortseifen, jährlich rund eine Million Euro erfolgsabhängige Vergütung – zusätzlich zum regulären Gehalt. Und nun wird er für seine Fehlleistungen noch im Altersruhestand monatlich mit einer betrieblichen Luxus Pension von 31.500 Euro belohnt.

Die Rettung der Landesbanken und der Industriekreditbank kostet sehr viel Geld, Geld, das für Investitionen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr zur Verfügung steht.

Unser Geld für die Rettung

Mit Milliarden-Beträgen versucht die Bundesregierung die marode Industriekreditbank über die Runden zu bringen. Aber gerade in diesem Fall ist zu fragen: Was ist der Sinn und die Rechtfertigung für die Beteiligung des Staates als Unternehmer im Bankensektor? Warum sitzen im Aufsichtsrat der IKB gleich zwei hochrangige Regierungsbeamte? Und im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der größten Aktionärin der Mittelstandsbank, findet sich mit sechs Bundesministern lauter Politik-Prominenz. Und auch die Politiker in den Aufsichtsorganen der Landesbanken haben die entstandenen Probleme mitzuverantworten. Finanzhilfen und Bürgschaften für die Institute übersteigen bereits die Summe, die der Bund pro Jahr für Wissenschaft und Forschung ausgibt. Und noch ist kein Ende der Finanzturbulenzen abzusehen.

- Fortsetzung auf Seite 3 -

- Fortsetzung von Seite 2 -

Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste

Die Landesbanken drohen für den Steuerzahler zum Fass ohne Boden zu werden.

Wie großzügig die Vorstände auch in Landesbanken honoriert werden, zeigt ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen. Insgesamt haben die fünf Vorstandsmitglieder der WestLB im Jahr 2006 Bezüge von 16,9 Millionen Euro erhalten. Und über die Bezahlung der Vorstände befindet sich nur das Präsidium des Aufsichtsrates. Den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Höhe der Vergütungen nicht einmal mitgeteilt.

Begünstigung von Steuerflucht

Es gibt in Deutschland zwei Gruppen von Steuerzahlern: Die Lohnsteuerzahler, die jeden Cent vom Lohn bzw. Gehalt sofort abgezogen bekommen. Und es gibt die sehr vermögenden Steuerzahler, die wesentlich mehr Gestaltungsspielräume haben und bei der sehr schlechten Personalausstattung der Finanzämter relativ wenig Gefahr laufen, noch überprüft zu werden. Einkommensmillionäre werden offensichtlich politisch bevorzugt, damit sie mit ihrem großen Kapital in Deutschland bleiben. Von Steuergerechtigkeit kann keine Rede sein.

Schon während seiner Amtszeit (1999 bis 2005) hat Hans Eichel (SPD) die Einkommenssteuer gesenkt wie kein Finanzminister vor ihm. Den Spitzensteuersatz drückte er von über 50 Prozent auf 42 Prozent, der Eingangsteuersatz fiel von über 25 Prozent auf 15 Prozent. Und die Hilfe des Staates zur Steuerflucht geht weiter. Jüngstes Beispiel: die Abgeltungssteuer. Ab 2009

müssen Privatanleger auf Kapitalerträge aller Art nur noch einen pauschalen Satz von 25 Prozent zahlen und nicht mehr ihren individuellen, meist höheren Steuersatz. Nun überbieten sich die Banken mit Angeboten, mit denen ihre Kunden diese Steuer ganz legal umgehen können.

Nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft werden jedes Jahr in Deutschland Steuern in Höhe von rund 30 Milliarden Euro nicht gezahlt. „Davon könnten rund 10 Milliarden Euro für den Staat gerettet werden, wenn die Steuerfahndung für ihre Aufgaben angemessen ausgestattet wäre“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft, Dieter Ondracek, der *Leipziger Volkszeitung*. Es gibt in Deutschland 6.000 Fahnder gegen Schwarzarbeit, aber nur etwa 2.400 Steuerfahnder. Seit Jahren fordert die Steuergewerkschaft rund tausend zusätzliche Fahnder, denn bei der dünnen Personaldecke liegt die „Wahrscheinlichkeit, dass ein Steuersünder entdeckt wird, heute bei unter zehn Prozent“. Diese Situation nutzen vor allem sehr reiche Leute, um hohe Beträge am Fiskus vorbei ins Ausland zu schaffen. Und das geht beispielsweise so: Ein Steuerpflichtiger schleust sein Geld am Finanzamt vorbei zu einem Liechtensteiner Treuhänder. Der gründet eine Stiftung und bringt das Geld meist auf ein Schweizer Nummernkonto. Die Unterlagen, die die Identität des Stifters verraten, wandern in den Tresor des Treuhänders – unerreichbar für deutsche Steuerfahnder. Vom Schweizer Konto kann der Stifter sein Schwarzgeld wieder abholen. Auch die CDU versteckte hier jahrzehntelang illegale Parteispenden in Millionenhöhe, getarnt als Stiftungen und Vermächtnisse. Ein Treuhänder der CDU war Herbert Batliner, ein Freund Helmut Kohls.

Die kriminelle Energie so genannter Leistungsträger

Durch so genannte Steueroptimierungs-Programme helfen deutsche Banken ihren Kunden bei der Steuerhinterziehung via Liechtenstein. Das ist der Politik seit vielen Jahren bekannt. Aber es ändert sich nichts. Mitte Februar wurde die Öffentlichkeit über einen Steuerskandal mit mehr als tausend Verdächtigen informiert. Die Staatsanwaltschaft Bochum ermittelte gegen „sehr, sehr viele Leistungsträger in diesem Land“, sagte der Sprecher des Bundesfinanzministeriums in Berlin. Durch die medienwirksame Festnahme von Postchef Klaus Zumwinkel wurden alle Steuerbetrüger aber rechtzeitig gewarnt.

So ist das bei den Herrschenden im Kapitalismus. Über den Lobbyismus in der Politik kommt man sich näher: Manager und Politiker. Man kennt sich und man hilft sich. Aber die Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind ganz andere: Krankenschwestern, Müllwerker, Sozialpädagogen, Erzieherinnen und viele weitere, die trotz schlechter Bezahlung, aber mit großem Engagement unverzichtbare Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Auf die Schmarotzer in den Chefetagen kann die Gesellschaft dagegen verzichten. Merke: Der Kapitalismus ist niemals sozial und verdient kein Vertrauen. Freiheit im Kapitalismus ist immer nur die Freiheit der Kapitalbesitzer. Deren Freiheit schränkt die Freiheit der Mehrheit in unserer Gesellschaft ein. Und diese Mehrheit muss sich erheben, damit sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend ändern.

Franz Kersjes

Der gekaufte Staat

Sie schreiben Gesetze. Sie sitzen in Ministerien. Sie werden bezahlt von Konzernen. Früher nannte man das Korruption.

Mehr als hundert Vertreter deutscher Großkonzerne haben in Bundesministerien eigene Schreibtische bezogen. Bezahlt werden sie von Unternehmen. Sie arbeiten an Gesetzen mit und sind politisch immer am Ball. Vom Fluglärmsgesetz über die Legalisierung der Heuschreckenfonds, den Ausverkauf öffentlicher Projekte an Baukonzerne, das Energiewirtschaftsgesetz, die Gesundheitsreform bis hin zu milliardenschweren Investitionsprojekten wie der Lkw-Maut – immer hatten Großkonzerne bezahlte Mitarbeiter in Ministerien platziert. In Hessen kontrollieren vom Flughafenkonzern Fraport bezahlte „Leihbeamte“ sogar die Einhaltung des Nachtflugverbotes. Auch die EU-Kommission greift auf „U-Boote“ der Industrie zurück: Im Fall der EU-Chemikalienrichtlinie REACH war ein BASF-Mitarbeiter sogar erst in der EU-Kommission, dann im Bundeswirtschaftsministerium, um die Chemierichtlinie im Sinne der Industrie zu beeinflussen. Wer wirklich hinter die Kulissen dieser Schattenregierung blicken will, stößt zumeist auf eine Mauer des Schweigens.

Wer regiert Deutschland? In den Bundesministerien für Finanzen, Wirtschaft, Gesundheit, Verkehr, Umwelt, Bildung und Forschung, im Innen- und Außenministerium sowie im Bundeskanzleramt sitzen Vertreter folgender Konzerne und Lobbyverbände (Auswahl): BASF – Bayer – BDI – Bertelsmann Stiftung – BP – Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft – Bundesverband Deutscher Banken – Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands – DaimlerChrysler – Deutsche Bank – Deutsche Telekom. Lobbyismus war gestern. Die Politik ist längst unterwandert.

Unter dem Titel „Der gekaufte Staat – Wie Konzerne in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben“ berichten die Redakteure des Fernsehmagazins *Monitor*, Kim Otto und Sascha Adamek, über die flächendeckende Mitarbeit von Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden direkt in den Bundesministerien. Das Buch zeigt noch einmal, wie stark die so genannten „externen Mitarbeiter“ an wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, die sie zugunsten ihrer Unternehmen oder Branchen beeinflussen können.

In Kürze wird ein Bericht des Bundesrechnungshofes erwartet. Er hatte sich nach den Berichten von *Monitor* des Themas angenommen und eigene Prüfer in die Ministerien geschickt. Wenn der Bericht in den Bundestag kommt, wird sich die große Koalition nicht länger vor dem Skandal drücken können. Damit schafft der Bericht ein Gelegenheitsfenster, Änderungen der bisherigen Praxis durchzusetzen. Dann wird die Taktik des Aussitzens der Regierung nicht mehr reichen.

Kim Otto / Sascha Adamek

Der gekaufte Staat

Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben
Kiepenheuer & Witsch, 304 Seiten, 19,95 €

Kapitalismus pur

Egal, ob Siemens, Henkel, BMW oder Continental: Die Konzerne scheffeln Milliardengewinne und bauen trotzdem Stellen ab.

Siemens: Der Konzern vernichtet in seiner Telefonanlagenpartie SEN weltweit 6.800 Arbeitsplätze. Betroffen sind davon allein in Deutschland 3.200 Stellen. Mit dieser Maßnahme soll die Firma attraktiv für einen Käufer gemacht werden.

BMW: Der Autobauer BMW will 8.100 Stellen streichen. Von den Entlassungen sind im Inland 5.000 Zeitarbeitskräfte und 2.500 Mitarbeiter der Stammebelegschaft betroffen. Hinzu kommen 600 fest angestellte Beschäftigte im Ausland.

„Der Aufschwung kommt bei den Menschen an und bei immer mehr Menschen. Und das ist eine gute Botschaft für Deutschland“.

Angela Merkel

Continental: Der Autozulieferer Continental will trotz eines Rekordgewinns weitere 2.500 Arbeitsplätze streichen. Nach der Übernahme von Siemens VDO sind seit dem vergangenen Sommer bereits 1.800 Stellen über Fluktuation abgebaut worden. Alle VDO-Bereiche sollen so schnell wie möglich die Renditevorgabe von zehn Prozent erreichen.

Henkel: Der Waschmittel- und Klebstoffproduzent will in diesem Jahr weltweit 3.000 Arbeitsplätze abbauen, um 150 Millionen Euro zu sparen. Die Umsatzrendite stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 10,3 Prozent.

Weniger Rechte für mehr Rendite

Unter dem Titel „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ hat die EU-Kommission ein so genanntes Grünbuch vorgelegt und fordert zu einer öffentlichen Konsultation auf. Bis zum 31. März können sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und andere „relevante Akteure“ mit Stellungnahmen zu insgesamt 14 Fragen äußern. Im Juni will die Behörde dann konkrete Vorschläge vorlegen. Ziel der EU-Kommission ist eine Verständigung der Mitgliedstaaten auf gemeinsame Grundsätze, und zwar bis spätestens Ende dieses Jahres.

Kernanliegen der Beamten ist die stärkere Ausrichtung des Arbeitsrechts auf die Zunahme „nichtstandardisierter“ Arbeitsverhältnisse. Inzwischen hätten, so das Grünbuch, nur noch 60 Prozent aller Beschäftigten in Europa klassische, nicht begrenzte Vollzeitverträge. Deshalb sei eine umfassende Debatte über ein Konzept der „Flexicurity“ notwendig. Mit diesem Begriff will man die Verbindung zwischen einer größeren Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und einem hierauf abgestimmten Sozialschutz schaffen. Geplant ist eine rechtliche Angleichung zwischen „typischer“ Beschäftigung, also sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Arbeitsverhältnissen, und den zahlreichen Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Dauerpraktikum und Scheinselbständigkeit. Diese Angleichung soll jedoch nicht durch die Stärkung der Rechte prekär Beschäftigter erfolgen, sondern, umgekehrt, durch den Abbau der Rechte regulär Beschäftigter. Das betrifft Kündigungsschutz, Arbeitszeit, Tarifbindung, betriebliche Mitbestimmung und Gewerkschaftsrechte.

Anpassung des Arbeitsrechts an Renditeerwartungen

Auch die Bertelsmann-Stiftung arbeitet unter dem Motto „Agenda Moderne Regulierung“ bereits seit 2005 an einer neoliberalen Ausrichtung des deutschen Arbeitsrechts. Unmissverständlich wird das Ziel bestimmt: „Die bisherigen Reformanstrengungen im Arbeitsmarkt waren auf den Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Administration des Transferbezugs fokussiert. Hingegen blieb der Kern der Arbeitsmarktregulierung, das Arbeitsrecht, größtenteils aus dem Reformpaket ausgespart. Das Arbeitsrecht bildet nicht nur einen zentralen Baustein der Rechtsetzung sondern steuert das Marktgeschehen und greift direkt in die Lebenswirklichkeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein.“ Das Arbeitsrecht soll also nach dem Sozialrecht an die neoliberale Wirtschaftsideologie angepasst werden. Das bedeutet ganz klar: Streichung von Arbeitnehmerrechten zugunsten von Renditeerwartungen der Kapitaleseite.

In den Gewerkschaften stößt das Vorhaben der EU-Kommission auf den notwendigen Widerstand. DGB-Vorsitzender Michael Sommer widersprach der Brüsseler Auffassung, das Arbeitsrecht müsse zur Schaffung von mehr Beschäftigung flexibler werden. „Damit folgt die EU-Kommission undifferenziert der Argumentation der Arbeitgeber“, erklärte er auf einer Tagung zum Grünbuch in Berlin. Erfahrungen der Vergangenheit zeigen allerdings, dass solche Stellungnahmen wenig bewirken, wenn sie nicht von gewerkschaftlicher Gegenwehr unterstützt werden.

Buchempfehlung

Arno Klönne/Werner Biermann
Agenda Bertelsmann
 Ein Konzern stiftet Politik
 Papyrossa, 142 Seiten, 11,90 €

Die Bertelsmann-Stiftung gilt als deutsche Denkfabrik, deren Tagungen auch Bundeskanzler und Bundespräsidenten mit ihrer Anwesenheit zieren. Ob Privatisierung oder Studiengebühren, Hartz IV oder globale Militärinterventionen: Die gesellschaftspolitische Agenda der Bundesrepublik wird von der Bertelsmann-Stiftung entworfen. Diese „gemeinnützige“ und steuerbegünstigte „Reformwerkstatt“, die zugleich das größte Aktienpaket am Bertelsmann-Konzern als dem weltweit viertgrößten Medienunternehmen hält, stellt die erfolgreichste Public-Private-Partnership dar – nicht nur auf Firmenprofit, sondern auch auf gesellschaftliche Steuerung ausgerichtet.

Arno Klönne und Werner Biermann beschreiben, wie die Bertelsmann-Stiftung Lösungen für Probleme findet, die sie selbst definiert, und wie sie bei deren Umsetzung geschäftstüchtig tätig wird – vom Kindergarten bis zur Hochschule, von der Kommune bis zur Geopolitik. Sie analysieren den ökonomisch-politischen Hintergrund der Bertelsmann-Konzepte und deren Zielhorizont: Gesellschaft, geführt wie ein Unternehmen, postdemokratisch.

Arno Klönne, Jahrgang 1931, Emeritierter Professor für Soziologie und Politikwissenschaftler.

Werner Biermann, Jahrgang 1941, Privatdozent für Soziologie und International Business Culture an der Universität Paderborn.

Blick zurück:**Von Tod und Trauer umgeben:
Karl Marx in seinen letzten Monaten**

Auf dem Sarg türmten sich Kränze mit roten Schleifen, Abschiedsgrüße der politischen Freunde. Dicht am Grab auf dem Londoner Friedhof Highgate standen die Nächsten: die Marx-Tochter Eleanor, genannt Tussy, deren Schwäger Paul Lafargue, Ehemann von Schwester Laura, und Charles Longuet, verheiratet mit Jenny, der dritten Marx-Tochter. Beide Männer waren, so schnell es damals möglich war, aus Paris herbei geeilt. Gekommen waren außer weiteren Freunden auch Wilhelm Liebknecht und, selbstverständlich, Friedrich Engels, der seinen Zwilling im Geiste verloren hatte und nun, äußerlich sehr gefasst, die Trauerrede hielt: Am 14. März 1883, vor 125 Jahren, war Karl Marx in seinem Londoner Exil gestorben. Knapp zwei Monate später wäre er, geboren am 5. Mai 1818 in Trier, 65 Jahre alt geworden.

Schon lange hatten ihm chronische Atemwegserkrankungen zu schaffen gemacht. Kein Kuraufenthalt, stets von Friedrich Engels finanziert, half dauerhaft, auch nicht der letzte in Algier. Schwere private Belastungen kamen in seinen letzten 15 Lebensmonaten hinzu: Im Dezember 1881 starb seine Frau Jenny. In die schöne Jenny von Westphalen hatte sich schon der Gymnasiast Karl Marx verliebt. Doch geheiratet wurde nach langer Verlobungszeit erst im Jahr 1843. Als sie starb, sagte Marx gegenüber Freunden von sich selbst: „Der Mohr ist auch gestorben.“ Vor der Beerdigung schrieb Tussy an ihre nach der Mutter benannte Schwester: „Papa kann natürlich nicht gehen, er darf das Haus noch nicht verlassen.“ Marx war zu krank. In seiner Trauerrede auf die tote Frau des Freundes sprach Friedrich Engels „über Marx, den Sozialismus, das Proletariat, ja sogar über die letzten Reichstagswahlen, nicht über Jenny“ (Eva Weissweiler: „Tussy Marx – Das Drama der Vätertochter“, Köln 2002). Sie hatte das harte Exil mit Marx geteilt; sie hatte sechs Kinder geboren, von denen drei schon in den 1850er Jahren gestorben waren; sie war lange sehr leidend gewesen.

Ein gutes Jahr später traf Karl Marx ein neuer Schicksalsschlag: der Tod seiner zweiten Jenny, der in Paris lebenden Tochter. Jenny Longuet, Mutter von fünf Kindern, starb im Januar 1883 an Blasenkrebs. Sie hatte jahrelang unter entsetzlichen Schmerzen gelitten; die waren als so genannte Frauenleiden fehl gedeutet und nicht ernst genommen worden. Im Nachruf schrieb Engels: „Das Proletariat hat in ihr eine heldenmütige Kämpferin verloren. Ihr trauernder Vater aber hat wenigstens den Trost, dass Hunderttausende von Arbeitern in Europa und Amerika an seinem Schmerz Anteil nehmen.“

Doch das Mitgefühl der Arbeitermassen in aller Welt hat Karl Marx wohl kaum zu trösten vermocht. Nach dem Tod nun auch der Tochter schien ihn aller Lebensmut verlassen zu haben. Und spätestens als einen Monat nach Jennys und einen Monat vor seinem eigenen Tod ein Tumor in der Lunge und eine Kehlkopfentzündung festgestellt wurden, überließ er sich kampflos der Krankheit. Sein Tod scheint friedlich gewesen zu sein. Überliefert ist, dass er von seinem Schlafins Arbeitszimmer ging, dort in einem Sessel einschlief und nicht mehr erwachte. An den Freund Wilhelm Liebknecht schrieb Friedrich En-

gels: „Der größte Kopf unseres Jahrhunderts hatte aufgehört zu denken.“ Und in seiner Grabrede sagte er: „Der Kampf für die Befreiung der Klasse der Lohnarbeiter von den Fesseln des modernen Systems der Produktion war seine wahre Berufung. Und niemals gab es einen aktiveren Kämpfer als ihn.“

Eleanor-Tussy Marx und Friedrich Engels begaben sich unverzüglich an die Sichtung und Ordnung des umfangreichen Nachlasses. Darüber hinaus stürzte sich Tussy in die politische und publizistische Arbeit wie niemals zuvor. Doch als sie erfuhr, dass Edward Aveling, mit dem sie seit Jahren zusammen lebte, unter falschem Namen heimlich eine Andere geheiratet hatte, beendete sie nach langem innerem Kampf sehr planmäßig im Jahr 1898 ihr Leben. Im Februar 1911 schied auch ihre Schwester Laura, zusammen mit ihrem Mann, dem Arzt und Sozialisten Paul Lafargue, freiwillig aus dem Leben. Nur Frederik Lewis Demuth, genannt Freddy, außerehelicher Sohn von Karl Marx, wurde 78 Jahre alt und starb erst 1929.

Antje Dertinger

„Proletarier aller Länder!“

Vor wenigen Wochen gab es bereits einen Anlass, an den bedeutendsten Theoretiker des Sozialismus zu erinnern: Im Februar vor 160 Jahren veröffentlichten Marx und Engels das *Manifest der Kommunistischen Partei*, ein in mitreißender Sprache formulierter Abriss der Geschichte und der künftigen Entwicklung des Klassenkampfes, gleichermaßen wissenschaftliche Analyse und Strategiepapier. „Ein Gespenst geht um in Europa“ – so beginnt das noch heute lesenswerte, nur wenige Seiten starke Werk, und es endet mit dem berühmten Appell an die Menschen der internationalen Arbeiterklasse: „... vereinigt euch!“ A.D.

Frauenarbeit ist weniger wert

Die neuesten Zahlen der EU-Kommission für das Jahr 2006 zeigen es: In Deutschland verdienen Frauen immer noch 22 Prozent weniger als Männer. Fast überall in Europa liegen die Erwerbseinkommen von Arbeitnehmerinnen deutlich unter denen ihrer Kollegen. Dabei gilt spätestens seit Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor 50 Jahren der Grundsatz des gleichen Entgelts für gleiche und gleichwertige Arbeit. Allerdings begründen deutsche Tarifverträge unterschiedliche Arbeitseinkommen nicht mehr offen mit dem Geschlecht.

In vielen Berufen liegen die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen der Frauen dennoch weit unter denen der Männer, zeigen die Daten des WSI-Frauenlohnspiegels. Arbeitet eine Frau als Grafikdesignerin, erhält sie im Schnitt nur etwas mehr als zwei Drittel des Männerverdienstes. Die Gebäudereinigerin und die Verkäuferin bekommen ungefähr drei Viertel des Salärs ihrer Berufskollegen.

Ein Grund für diese Unterschiede: Männer unterbrechen für die Familie ihre berufliche Laufbahn nur selten. Trotzdem ist rund ein Drittel der Lohnlücke in West- und ein Viertel in Ostdeutschland auf Diskriminierung zurückzuführen, so Astrid Ziegler, eine der Autorinnen des WSI-Frauendatenreports. Eine solche Ungleichbehandlung lässt sich ganz unmittelbar auf das Geschlecht der Beschäftigten zurückführen.

Gleiches Entgelt muss nach geltendem Recht auch für gleichwertige Arbeit gezahlt werden. Typische "Frauentätigkeiten" werden jedoch tendenziell unterbewertet, zeigen Studien. Hierbei handelt es sich um eine subtilere Spielart der unmittelbaren Diskriminierung: Körperliche Belastungen werden eher männerdominierten Arbeiterjobs zuerkannt. Bei Angestelltentätigkeiten wie der Frauenhochburg Altenpflege wird die körperliche Belastung oft übersehen. Verantwortung für Maschinen, Finanzen und Mitarbeiter wird oft bewertet und entlohnt, Verantwortung für Menschen oder das Gelingen sozialer Prozesse jedoch nicht.

Zudem gibt es mittelbare Diskriminierungen. Beispiel: Ein Arbeitgeber belohnt besonderes zeitliches Engagement mit einer Leistungsprämie. Beschäftigte mit Familienpflichten - in der Regel immer noch Frauen - können dieses Kriterium seltener erfüllen, erhalten so geringere Prämien. Leistungsabhängige Entgeltsysteme, die immer mehr Verbreitung finden, gehen deshalb ebenfalls zulasten von Fraueneinkommen.

<http://www.frauenlohnspiegel.de>

Böckler Impuls 03/2008

Reallohnverluste im öffentlichen Dienst

Seit der Umgestaltung des Tarifsystems im Jahr 2005 hinkt die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst dem ohnehin moderaten Trend hinterher, stellt das WSI-Tarifarchiv fest. Während die Tarifsteigerungen etwa für viele Beschäftigte in der Industrie oder bei den Banken in diesem Zeitraum zumindest deutlich über der Inflationsrate lagen, seien die Gehälter der öffentlich Beschäftigten seit 2005 nicht mehr prozentual angehoben worden. Stattdessen wurde lediglich eine Pauschale von jährlich 300 Euro gezahlt. Zieht man die Preissteigerung ab, verloren die Staatsdiener in den vergangenen drei Jahren Einkommen. „2007 sanken ihre Tarifeinkommen real um 1,5 Prozent.

Böckler Impuls 03/2008

CDU gegen Mindestlohn

In der Großen Koalition wird über einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche heftig gestritten. Während Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) plant, dem Antrag zweier Unternehmerverbände und des DGB stattzugeben, will die Union den Mindestlohn für Zeitarbeitnehmer/innen scheitern lassen.

Die Zeitarbeitsverbände BZA und IGZ sowie der DGB hatten kürzlich einen Mindestlohn-Tarifvertrag beim Minister eingereicht, um ihn für allgemein verbindlich erklären zu lassen. Zunächst müsste die Regierung die Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen. Der Unternehmerverband AMP und seine Förderer in den christlichen Gewerkschaften lehnen dagegen den Mindestlohn ab. Es gibt viele Haustarifverträge mit den so genannten Christlichen Gewerkschaften, die selbst im Westen oft unter fünf Euro Stundenlohn beginnen. Inzwischen erhalten ca. 12 Prozent der Vollzeit-Leiharbeiter/innen ergänzend Hartz-IV-Leistungen wegen zu geringer Löhne.

Der DGB will sich künftig dafür einsetzen, die Bedingungen für die Anstellung von Zeitarbeitnehmer/innen zu verschärfen. Er drängt auf eine gesetzliche Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, damit grundsätzlich ab dem ersten Tag der Beschäftigung im Entleihbetrieb das Prinzip der Gleichbehandlung beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen gilt. Ausnahmen soll es gesetzlich nur für die Dauer einer Einarbeitungszeit geben. Das muss aber in einem Tarifvertrag festgelegt werden.

Streikrecht und Leiharbeit

Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz des deutschen Arbeitsrechts, dass Arbeitnehmer/innen die Ausführung von Arbeiten verweigern dürfen, die sonst von Streikenden ausgeführt würden. Es ist Arbeitnehmer/innen nicht zuzumuten, sich als Streikbrecher zu betätigen und dadurch den Streikenden in den Rücken zu fallen. Das heißt: Die Verweigerung von Streikbrucharbeiten stellt keine Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten dar.

„Der Leiharbeitnehmer ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. In den Fällen eines Arbeitskampfes nach Satz 1 hat der Verleiher den Leiharbeitnehmer auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen.“ (Gesetz zur Regelung der

gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung § 11 Abs.5)

Kein Mensch ist zum Streikbruch bzw. direkter Streikarbeit verpflichtet. Diese Arbeit kann nach ständiger Rechtsprechung des BAG verweigert werden. Die Ablehnung direkter Streikarbeit ist keine unberechtigte Arbeitsverweigerung. Eine berechtigte Verweigerung von Streikarbeit führt nicht zum Verlust des Arbeitsentgeltanspruchs, zumindest nicht, wenn die eigentlich geschuldete Arbeitsleistung trotz des Streiks erbracht werden kann. (Urteil vom 10.09.1985 BAG 1 AZR 262/84) Mitglieder der Gewerkschaft sind dieser gegenüber regelmäßig rechtlich verpflichtet, Streikbrucharbeiten zu verweigern. Die Verweigerung der Streikbeteiligung muss zum Ausschluss aus der Gewerkschaft führen.

3 Milliarden Überstunden

Die Zahl der geleisteten Überstunden ist im vergangenen Jahr um gut 5 Prozent auf 1,477 Milliarden gestiegen. Dabei handelt es sich um bezahlte Mehrarbeit von rund 35,5 Millionen Arbeitnehmern in Deutschland. Das geht aus Hochrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. In dieser Zahl sind nicht die unbezahlten Überstunden enthalten, die sich nach Schätzung der Wissenschaftler in ähnlicher Größe bewegen. Die Menge aller Überstunden dürfte damit etwa drei Milliarden erreichen.

Die meisten Überstunden fallen im Handel, dem Transportwesen, in der Gastronomie und im verarbeitenden Gewerbe an. Der Rest verteilt sich auf Banken, Versicherungen und Dienstleistungen. Für dieses Jahr rechnet das IAB damit, dass sich die Zahl der Überstunden weiter erhöht.

Das kritische Jahrbuch 2007 Nachdenken über Deutschland

Die NachDenkSeiten im Internet sind eine wichtige Informationsquelle vor allem für solche Menschen, die an der Glaubwürdigkeit der öffentlichen Meinungsmacher zweifeln. Die NachDenkSeiten wollen ein Angebot sein für jene, die sich über die Probleme unserer Zeit Gedanken machen, um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Albrecht Müller und Wolfgang Lieb haben eine Auswahl von Texten ihrer NachDenkSeiten in einem kritischen Jahrbuch dokumentiert. Das Buch (320 Seiten mit Abbildungen) wird von der Helmut Schmidt Medien GmbH verlegt und ist im Buchhandel für 18,80 Euro erhältlich oder direkt bei <http://www.nachdenkseiten.de/>

100.000 Arbeitsplätze versprochen

Die von der Bundesregierung im Jahr 2007 groß angekündigten Arbeitsplatz-Programme für Langzeitarbeitslose kommen nicht in Gang. Fünf Monate nach dem Start der Job-Perspektive sind von den 100.000 neuen Stellen für Hartz-IV-Empfänger, die der ehemalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering angekündigt hatte, laut der offiziellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit vom Januar gerade mal 754 Arbeitsplätze geschaffen worden. Den im Oktober 2007 eingeführten Qualifizierungszuschuss für Arbeitnehmer unter 25 Jahren nehmen erst 40 Leute in Anspruch.

Ebenfalls mit Skepsis betrachten Experten das zweite große Programm, mit dem die Bundesregierung per Lohnkostenzuschuss schwer vermittelbare Arbeitslose unterbringen will: den Kommunal-

Kombi. Fast 100.000 weitere Stellen in Kommunen mit einer Arbeitslosenquote von über 15 Prozent wurden bewilligt. Die Kommunen müssen monatlich 500 Euro pro Job dazu geben. Aber dieses Geld haben die meisten nicht.

Ab 1. April will die Regierung die Langzeitarbeitslosen auch in Firmen vermitteln. Noch prüft die EU, ob eine so großzügige Lohn-Subvention sich mit der Beihilferegulierung der Europäischen Union verträgt. Die Regierung erwartet mit dem erweiterten Adressatenkreis eine größere Nachfrage. In der Opposition teilen die Experten diesen Optimismus nicht. „Wir haben in Deutschland hinreichend viele Modelle für einen Kombi-Lohn“, sagte Brigitte Pothmer von den Grünen. Die neuen Instrumente seien daher „überflüssig wie ein Kropf“. (Nach Welt-Online)

Da Capo: Hagen Rether

Kabarettist Hagen Rether hat Ausdauer und Ansprüche. Mit Auftritten von dreieinhalb Stunden Spieldauer und zwei Stunden bis zur Pause müssen die Besucher seiner Auftritte schon rechnen. Das Soloprogramm des 38Jährigen, das er ständig variiert und aktualisiert, heißt zurzeit „Liebe“, obwohl davon kaum die Rede ist. Vielmehr schimpft der gebürtige Bukarester mit bissigen Pointen gegen Politiker und das Establishment, gegen Heuchelei und Doppelmoral, Volksverhetzung und Angstmacherei. Seine Tourneen durch die Republik und zahlreiche Fernsehauftritte haben ihn bundesweit bekannt gemacht.

Unauffällig wie ein Barpianist schleicht er sich mit einigen leisen Akkorden heran, um scheinbar ganz unverbindlich ins Plaudern zu geraten. Hier ein Witzchen, dort eine Übertreibung, da ein Kalauer und plötzlich wird Rether so treffend und böse wie derzeit kaum einer seiner Kollegen. Mit der einschmeichelnden Stimme des netten Psychologen von Nebenan trifft Hagen Rether ins Schwarze, sei es beim tagesaktuellen Bundesalltag oder den globalen Zusammenhängen im Großen und Ganzen. Er schwankt virtuos zwischen Albernheit und tiefer Tragik, Größenwahn und Verlegenheit, Flirt und Attacke – sein Publikum zwischen Liebe, Lachen und stummem Entsetzen.

Der Mann am Klavier leidet (in mehreren Rollen) am bürgerlichen Leben wie auch an den weltpolitischen Zuständen und macht sich Luft in ätzenden Wortkaskaden – stets tagesaktuell. Dann spielt er etwas Bach und schlachtet mehrere Popikonen, flüstert und schreit, singt, grunzt und jodelt, schwadroniert Kultur- und Kapitalismuskritisches, schleicht und rast im Wechsel über die Schmerzgrenze des Publikums.

Hagen Rether kommt aus Essen und macht so gutes Kabarett, dass er seit 2003 mit Preisen überhäuft wurde. Er bietet eine frische Variante im Kleinkunstgenre, voller Überraschungen in Form und Inhalt, lakonisch und zynisch, klug und hintergründig. Ein starkes Erlebnis!

Tourneedaten: 14.03. München; 22.03. Essen; 10.04. Düren; 11.04. Marburg; 12.04. Fulda; 18.04. Peine; 19.04. Elmshorn; 20.04. Stuttgart; 24.04. Viersen; 28.04. Hattingen; 01. und 02.05. Hamburg; 13.05. Saarbrücken.

* * * *

Filmtipp

„Es geht nicht nur um unsere Haut“

Der Streik der Belegschaft des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerks

Am 6. September 2006 kommt die Belegschaft des Bosch-Siemens-Hausgeräte-Werks in Berlin-Spandau zu einer Betriebsversammlung zusammen, die bis zum 22. September dauern wird. Mit 16 Tagen wird sie zur bis dato längsten Betriebsversammlung in Deutschland. Dem vorausgegangen ist die Ankündigung der Konzernleitung, das Spandauer Werk zum Jahresende 2006 zu schließen. Die Betriebsversammlung ist der Auftakt zu einer Reihe von Aktionen, die bis Ende Oktober dauern und weit über Berlins Grenzen hinaus ein Echo finden. Der Film zeigt das Innere des Arbeitskampfes. Er begleitet die streikenden Beschäftigten Tag für Tag. Die Kamera dokumentiert

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich
für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach
Bedarf kostenlos online und auf
der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung
von Belegen erwünscht. – Beiträ-
ge von Gastautoren stellen nicht
in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers dar.

Empfehlungen:
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.info>
<http://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

Auseinandersetzungen auf Betriebsversammlungen, Demonstrationen und hitzige Diskussionen. Er zeichnet die politischen und menschlichen Konflikte und Stimmungsschwankungen innerhalb der Belegschaft nach. Die Aufmerksamkeit gilt auch dem Konflikt zwischen „offizieller“ Gewerkschaftspolitik und den Interessen der von Arbeitslosigkeit Bedrohten.

DVD, 81 Minuten, zu erhalten über
<http://www.videowerkstatt.de>